

Antrag 20/I/2021

SPD-UB Osnabrück Stadt

Der Landesparteitag möge beschließen:

Arbeitswelt

1 Im Rahmen der programmatischen Neuorientierung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist fol-
2 gende Grundaussage bei der Erstellung eines neuen Grundsatzprogramms zu beachten:

3 Die Wirtschaft muss für die Menschen da sein, die Menschen sind nicht für die Wirtschaft da. Unter die-
4 sem Leitsatz muss die Arbeitswelt neu organisiert werden. Für die Arbeitsverhältnisse muss dies bedeuten,
5 dass befristete Arbeitsverträge die Ausnahme sind. Sachgrundlose Befristungen darf es nicht geben, Grün-
6 de für eine Befristung müssen einer Überprüfung zugänglich sein. Vollzeitbeschäftigte müssen mit ihrem
7 Lohn ein zufriedenstellendes Leben führen können, der Mindestlohn ist dementsprechend anzuheben und
8 jeweils gemäß den ökonomischen Veränderungen anzupassen. Über die Allgemeinverbindlichkeit von Ta-
9 rifverträgen muss der Tendenz entgegengewirkt werden, dass außerhalb von Tarifverträgen die Löhne in
10 Richtung Mindestlohn gedrückt werden. Die Mitbestimmungsrechte innerhalb der Betriebe müssen aus-
11 gebaut und gestärkt werden. Die Arbeitswelt muss der Tatsache Rechnung tragen, dass die Beschäftigten
12 auch Verantwortung für ihre Familien haben.

13 Dort, wo öffentliche Gelder fließen, z.B. bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, muss der Tariflohn gezahlt
14 werden. Das Vergaberecht ist dahingehend zu reformieren, dass nur die Unternehmen einen öffentlichen
15 Auftrag bekommen, wenn sie nachweislich tarifgebunden sind und auch die Mitarbeiter nach Tarifvertrag
16 bezahlen.

17

18 **Begründung**

19 Die Arbeitswelt hat sich insbesondere seit dem Zusammenbruch des Kommunismus in dramatischer Wei-
20 se zum Nachteil der abhängig Beschäftigten entwickelt. Die Tendenz zur ständigen Verfügbarkeit der Mit-
21 arbeiter für Belange der Unternehmen macht deutlich, dass die Menschen zunehmend ein Anhängsel des
22 Wirtschaftsprozesses sind und das Wirtschaften nicht mehr den Menschen, sondern nur noch Individualin-
23 teressen dient. Zugleich verschlechtert sich allerdings bei einer großen und ständig zunehmenden Zahl der
24 abhängig Beschäftigten die finanzielle Lage. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter.
25 Die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl derer, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig sind, nimmt
26 ständig zu. Zunehmend sind die Menschen darauf angewiesen, mehr als ein Beschäftigungsverhältnis zu
27 führen, um überhaupt ökonomisch "über die Runden zu kommen". In der Folge wächst die Altersarmut und
28 ein zunehmender Teil der Bevölkerung ist vom Arbeitsmarkt ohne Aussicht auf Rückkehr abgekoppelt.

29

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Material an den SPD-Parteivorstand